

Die Halbzeitwahlen 2022 in den USA: Ein Referendum gegen Trump und das Abtreibungsurteil des Obersten Gerichts

Patrick Horst

Zusammenfassung:

Bei den Halbzeitwahlen 2022 in den USA haben die Demokraten besser als erwartet abgeschnitten. Die erwartete „rote Welle“ blieb aus, weil die Amerikaner sich gegen die Kandidaten Trumps und das Abtreibungsurteil des Obersten Gerichts aussprachen. Die Republikaner gewannen die Wahl zum Repräsentantenhaus aufgrund des traditionellen Halbeizeffektes, der die Partei des Präsidenten bestraft, dennoch knapp. Im Senat konnten die Demokraten ihre Mehrheit um einen Sitz ausbauen; auch die einzelstaatlichen Wahlen und die Volksabstimmungen über das Abtreibungsrecht gewannen sie. Die zwischen Demokraten und Republikanern zukünftig geteilte Regierung lässt für die kommenden zwei Jahre innenpolitisch die Pflege des Erreichten und außenpolitisch Kontinuität erwarten.

1. Einleitung

Bei den Halbzeitwahlen („Midterm Elections“) in den USA wurden ein Drittel des Senats, das gesamte Repräsentantenhaus, 36 Gouverneure und 88 einzelstaatliche Legislativkammern sowie eine Reihe weiterer Ämter vom US-amerikanischen Volk gewählt, das darüber hinaus auch in zahlreichen Einzelstaaten über Sachfragen abstimmte. Der Präsident stand an diesem nationalen Wahltag nicht auf dem Wahlzettel. Dennoch urteilten die Wähler in den Halbzeitwahlen, wie der Name schon anklingen lässt, auch über seine Bilanz zur Hälfte der Amtszeit. Dieses Urteil fällt in der Regel schlecht bis katastrophal aus: Seit dem Ende des Amerikanischen Bürgerkrieges vor mehr als 150 Jahren gewann die Partei des Präsidenten überhaupt nur dreimal Sitze in der Ersten Kammer des Kongresses hinzu – 1934, als Präsident Roosevelt für seinen



Dr. Patrick Horst

bis April 2022 Akademischer Oberrat am Nordamerikastudienprogramm der Universität Bonn

„New Deal“ belohnt wurde, 1998 unter dem Eindruck des bevorstehenden Amtsenthebungsverfahrens gegen Präsident Clinton und 2002, als die Amerikaner nach den Anschlägen des 11. Septembers Präsident George W. Bushs „War on Terror“ unterstützten. In allen anderen Jahren wurde die Partei des amtierenden Präsidenten abgestraft – mit einem durchschnittlichen Sitzverlust im Repräsentantenhaus von 27 Sitzen seit 1946. In Trumps ersten und einzigen „Midterms“ vor vier Jahren verloren die Republikaner 42 Sitze im Repräsentantenhaus (Horst 2019), Obamas Demokraten büßten 2010 sogar 64 Sitze ein. Im Senat ist der Halbzeyteffekt mit einem Verlust von durchschnittlich vier Sitzen seit 1946 aufgrund der längeren Amtszeit der Senatoren, ihrer gestaffelten Wahl (nur ein Drittel wird alle zwei Jahre gewählt) und ihrer größeren politischen Unabhängigkeit geringer ausgeprägt. In sechs der 19 Halbzeitwahlen nach dem Zweiten Weltkrieg konnte die Partei des Präsidenten ihren Sitzanteil im Oberhaus sogar halten oder leicht ausbauen (Vital Statistics: Table 2-4).

Vor dem Hintergrund dieser gesetzmäßigen Verluste zur Halbzeit einer Präsidentschaft grenzte es fast schon an eine Sensation, dass 2022 die erwartete „rote Welle“ der Republikaner ausblieb. Nur knapp gewannen sie die Mehrheit im Repräsentantenhaus, während sie im Senat sogar einen Sitz in Pennsylvania an die Demokraten verloren und weiterhin in der Minderheit verblieben. Bei den einzelstaatlichen Gouverneurs- und Legislativwahlen sowie bei den Volksabstimmungen über die Frage des Abtreibungsrechts in sechs Einzelstaaten fanden sich die Republikaner ebenfalls auf der Verliererseite wieder, was die Frage aufwirft, wie sich diese Ergebnisse erklären lassen. Handelt es sich bei dem „Gesetz des Halbzeitverlustes“ (Rudalevige 2022: 20) um ein unzureichendes Erklärungsmodell oder überlagerten 2022 außergewöhnliche Faktoren und Ereignisse die gewöhnlichen Halbzeyteffekte? Auffällig war, dass die Fragen nach der politischen Zukunft des ehemaligen Präsidenten Donald Trump und der Zukunft der US-Demokratie einen breiten Raum im Wahlkampf einnahmen. Auch das historische Urteil des Obersten Gerichts vom Juni, welches das fünf Jahrzehnte lang geltende Abtreibungsrecht in den USA widerrief, könnte insbesondere für viele Wählerinnen ein entscheidender Faktor ihrer Wahlmobilisierung und -entscheidung gewesen sein. Diese und andere Faktoren könnten dazu geführt haben, dass die wirtschaftliche Rezession in der ersten Jahreshälfte 2022 und die bis zum Juni auf Rekordniveau ansteigende Inflationsrate, die sich beide in einer historisch schlechten Zustimmungsrage des Präsidenten widerspiegelten, nicht wie erwartet auf die Wahlentscheidung durchschlugen. Welche innen- und außenpolitischen Schlussfolgerungen aus dieser für Präsident Biden und die Demokraten besser, für die Republikaner dagegen schlechter als erwartet verlaufenen Wahl gezogen werden können, soll am Ende dieses Aufsatzes kurz in den Blick genommen werden. Der Fokus richtet sich dabei auf die Konstellation des geteilten Regierens in den kommenden zwei Jahren und das transatlantische Verhältnis.

2. Das Wahlergebnis: Minimale Verschiebungen am Status quo

Neben der Tatsache, dass der Halbzeiteffekt im Repräsentantenhaus äußerst gering ausfiel und im Senat sowie in den einzelstaatlichen Wahlen und Abstimmungen gänzlich ausblieb, war am Wahlergebnis besonders auffällig, wie eng es ausfiel. Im Repräsentantenhaus verfügten die Demokraten vor der Wahl über eine denkbar knappe Mehrheit von 222 zu 213 Stimmen. Nach den Wahlen vom 8. November und dem Nettozugewinn von neun Sitzen sind es nun die Republikaner, die über eine ebensolche knappe Mehrheit von 222 zu 213 Sitzen verfügen (Tabelle 1). Diese Mehrheit ist so knapp, dass fünf abtrünnige Fraktionsmitglieder ausreichen, um sie zu gefährden. Angesichts der Stärke des rechtsextremen „Freedom Caucus“ in der Republikanischen Fraktion wurde im Dezember heftig spekuliert, ob der Fraktionsführer Kevin McCarthy am 3. Januar auch zum „Speaker“ des Repräsentantenhauses gewählt werden würde.

Tabelle 1: Die Ergebnisse der Halbzeitwahlen 2022

	Vor der Wahl			Nach der Wahl		
	Dem	Rep	Geteilt	Dem	Rep	Geteilt
Kongresswahlen						
Senat	50	50		51 (+1)	49 (-1)	
Haus	222	213		213 (-9)	222 (+9)	
Einzelstaatliche Wahlen						
Gouverneure	22	28		24 (+2)	26 (-2)	
Staaten	14	23	12	17 (+3)	22 (-1)	10 (-2)
Legislativen	17	30	2	19 (+2)	29 (-1)	1 (-1)
Kammern	37	62		41 (+4)	58 (-4)	
Abgeordnete	3.266	3.978		3.271 (+5)	4.031 (+53)	

Quellen: Ballotpedia, National Conference of State Legislatures, New York Times. Stand: 20. Dezember 2022.

Im Senat fiel das Ergebnis sogar noch knapper aus: Herrschte hier vor der Wahl ein 50:50-Patt, das nur durch die Stimme von Vizepräsidentin Kamala Harris zugunsten der Demokraten aufgebrochen wurde, so konnten die Demokraten durch den Sieg in Pennsylvania ihre Mehrheit um einen Sitz auf 51 zu 49 ausbauen (Tabelle 1). In Pennsylvania profitierten die Demokraten davon, dass Amtsinhaber Pat Toomey nach zwölf Jahren im Senat nicht zur Wiederwahl antrat und der von Trump unterstützte Kandidat der Republikaner, Fernsehmoderator Mehmet Oz, vielen Wählern als nicht ausreichend qualifiziert galt. Der Kandidat der Demokraten John Fetterman, seit 2019 stellvertretender Gouverneur des Staates und zuvor langjähriger Bürgermeister eines aussterbenden, von ehemaligen Stahlarbeitern bewohnten Vorortes von Pittsburgh, schien dagegen das richtige Angebot für die Wählerschaft Pennsylvanias bereitzuhalten. Als progressiver Populist im Stile eines Bernie Sanders fand er besonders bei den

in seinem Heimatstaat stark vertretenen weißen Wählern ohne Bildungsabschluss, die 2016 die Demokraten zugunsten Trumps verlassen hatten, starken Zuspruch (Skelley 2022). Selbst ein Schlaganfall, der ihn über weite Strecken des Wahlkampfes gesundheitlich stark beeinträchtigte, konnte seinen Sieg nicht gefährden.

Die Wahl in Pennsylvania war die einzige, die einen Parteiwechsel in der Zweiten Kammer nach sich zog. In Relation zur Präsidentschaftswahl 2020 bezeichnete der Sieg Fettermans aber auch eine Status-quo-Wahl, hatte Biden den Staat doch von Trump zurückgewonnen. Auch in allen anderen umkämpften Staaten, die Biden 2020 knapp gewonnen hatte, konnten Amtsinhaber der Demokraten ihre Sitze verteidigen. Am härtesten um ihre Wiederwahl kämpfen musste die 2016 erstmals gewählte Catherine Cortez Masto in Nevada, die nur mit einem Vorsprung von knapp 8.000 Stimmen (aus mehr als einer Million abgegebenen Stimmen) auf Herausforderer Adam Laxalt gewann. Ähnlich eng ging es in Arizona und Georgia zu, wo mit Mark Kelly und Raphael Warnock zwei Amtsinhaber der Demokraten ihre Sitze verteidigten, die erst zwei Jahre zuvor in Nachwahlen in den Senat gewählt worden waren – beide zudem als Nachfolger Republikanischer Senatoren. Der ehemalige Astronaut Kelly gewann aufgrund seiner Popularität relativ ungefährdet, während Warnock wie schon zwei Jahre zuvor in die Stichwahl gehen musste, aus der er am 6. Dezember trotz Republikanischer Wahlschikanen siegreich hervorging. Knapp verfehlten die Demokraten allerdings einen Sieg gegen Amtsinhaber Ron Johnson in Wisconsin, obwohl Biden dort 2020 erfolgreich gewesen war. In North Carolina und Ohio, die Trump 2020 beide gewonnen hatte, hielten die Republikaner nach dem Rückzug ihrer Amtsinhaber zwei offene Sitze in ihren Reihen.

Ähnlich am Status quo orientiert fielen die Wahlergebnisse auf einzelstaatlicher Ebene aus. Die beiden Siege der Demokraten bei den Gouverneurswahlen in Maryland und Massachusetts waren weithin erwartet worden, waren dort mit Larry Hogan und Charlie Baker doch zwei ausgesprochen liberale Vertreter der Republikaner aus dem Amt geschieden, die mit dem Kurswechsel ihrer Partei unter Trump nicht identifiziert werden wollten. Dan Cox, der Kandidat der Republikaner in Maryland, hatte sich am Sturm auf das Kapitol beteiligt und genoss die Unterstützung Trumps, nicht aber Hogans, was in Maryland ungleich wichtiger gewesen wäre. Geoff Diehl, Kandidat der Republikaner in Massachusetts, war ebenfalls dem Trump-Flügel seiner Partei zuzurechnen und in der Hochburg der Demokraten gegen die amtierende Justizministerin Maura Healey chancenlos. Auch in zwei heiß umkämpften Staaten der letzten Präsidentschaftswahl kam es 2022 zu einem Wechsel im Gouverneursamt. In Arizona gewann die Demokratin Katie Hobbs mit weniger als einem Prozentpunkt Vorsprung gegen die Trump-Gefolgsfrau Kari Lake, während in Nevada Herausforderer Joe Lombardo, ebenfalls von Trump unterstützt, den Amtsinhaber der Demokraten Steve Sisolak knapp besiegte. In der Gesamtbilanz gewannen die Demokraten damit zwei Gouverneure hinzu und stellen fortan 24 der 50 Gouverneure (Tabelle 1).

Bei den Wahlen zu den einzelstaatlichen Legislativen verzeichneten die Demokraten ebenfalls geringfügige Geländegewinne. Insgesamt vier Kammern gewannen sie hinzu: die Repräsentantenhäuser in Michigan, Minnesota und Pennsylvania sowie den Senat von Michigan. Dies führte dazu, dass sie in Michigan und Minnesota nicht nur

beide Häuser der Staatslegislative, sondern in Kombination mit dem Gouverneursamt den gesamten Staat politisch kontrollierten. Dasselbe galt für Maryland und Massachusetts, wo sie die Gouverneursämter erobert hatten. Nur in Nevada verloren die Demokraten mit dem Gouverneursamt die volle politische Kontrolle und mussten sich die Macht fortan mit den Republikanern teilen. Trotz der leichten Zugewinne der Demokraten in den Einzelstaaten, blieben die Republikaner dort insgesamt die dominierende Partei. Sie kontrollierten 22 Staaten, die Demokraten 17; in zehn Staaten teilten sich beide Parteien die Macht. Auch die Zahl ihrer Abgeordneten bauten die Republikaner geringfügig stärker aus als die Demokraten (Tabelle 1).

Darüber hinaus entschieden die Wähler im Jahre 2022 in 38 Einzelstaaten über 140 landesweite Abstimmungsvorlagen. In sechs Staaten behandelten die dem Wähler vorgelegten Fragen das Recht auf Abtreibung, das der Supreme Court am 24. Juni des Jahres in *Dobbs v. Jackson Women's Health Organization* verneint hatte. Mit dieser vielbeachteten und vielkritisierten Entscheidung hatte die konservative Mehrheit im Gericht das Grundsatzurteil *Roe v. Wade* aus dem Jahre 1973 widerrufen, das für fünf Jahrzehnte ein solches Abtreibungsrecht auf Bundesebene garantiert hatte. Die Wähler entschieden sich in allen sechs Staaten zugunsten des Rechtes auf Abtreibung. In Vermont unterstützten drei Viertel, in Kalifornien zwei Drittel und in Michigan 57 Prozent der Wähler Vorlagen, die ein Recht auf Abtreibung in die Staatsverfassung schrieben. In Kansas (59 Prozent) und in Kentucky (52 Prozent) lehnte eine Mehrheit der Bevölkerung Vorschläge ab, das Recht auf Abtreibung in der Staatsverfassung ausdrücklich zu verneinen. Montanas Wähler entschieden sich gegen ein von der Legislative vorgelegtes Gesetz, das Abtreibungen erschwert und mit Gefängnisstrafen von bis zu 20 Jahren belegt hätte (Ballotpedia 2022). Anders als das Oberste Gericht befanden sich die Wähler dieser sechs Staaten im Einklang mit der Mehrheitsmeinung der US-amerikanischen Bevölkerung, die zu 62 Prozent ein (qualifiziertes) Abtreibungsrecht befürwortete und zu 57 Prozent die Entscheidung des Obersten Gerichts ablehnte (Pew Research Center 2022).

3. Die Wahlanalyse: Referendum gegen Trump und für ein Recht auf Abtreibung

Bei der Wahlanalyse müssen wir uns zum gegenwärtigen frühen Zeitpunkt nach der Wahl in erster Linie auf die vorliegenden Makrodaten der Wahlbehörden, die Vor-, Wahltags- und Nachwahлумfragen sowie die Berichterstattung der Qualitätsmedien stützen. Das Bild, das sich daraus ergibt, ist jedoch schon hinreichend klar umrissen.

Erstens: Es gab einen Halbzeiteffekt, der die Republikaner begünstigte und den Demokraten schadete. Bei negativen Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes in den ersten beiden Quartalen 2022 und einer bis Juni auf 9,1 Prozent ansteigenden Inflationsrate wäre alles andere auch nicht zu erklären gewesen. Während des gesamten Wahlkampfes und am Wahltag war die Inflation das Thema, das den Wählern insgesamt für ihre Wahlentscheidung am wichtigsten war. Allerdings gab es hier merkbare Unterschiede zwischen den Anhängern der beiden Parteien. Während für die Repub-

likaner die schlechte wirtschaftliche Entwicklung, allen voran die Inflation, das mit weitem Abstand wichtigste Thema (vor Einwanderung und Kriminalität) war, hatte es für die Demokraten nur eine nachgeordnete Priorität. Unter 18 präsentierten Themen kam das Wirtschaftsthema für sie erst an siebter Stelle – hinter „Zukunft der Demokratie“, „Gesundheit“, „Abtreibung“, „Richterernennungen am Supreme Court“, „Klimawandel“ und „Erziehung“ (Schaeffer/Van Green 2022). Der traditionelle Halbzeiteffekt, mit dem die Partei des Präsidenten für eine schlechte wirtschaftliche Lage bestraft wird, beschränkte sich fast ausschließlich auf die Republikaner. Dies ließ sich auch daran ablesen, dass unter dem knappen Viertel derjenigen, die die wirtschaftliche Lage der Nation als „exzellent“ oder „gut“ einschätzten, neun von zehn Wählern Demokraten waren. Unter den 38 Prozent, die die wirtschaftliche Lage als „nicht so gut“ einschätzten, ließen sich immerhin 62 Prozent nicht von der Wahl der Demokraten abschrecken; die restlichen 35 Prozent wählten Republikanisch. Knapp 90 Prozent unter den ebenfalls 38 Prozent, die die wirtschaftliche Lage „schlecht“ bewerteten, waren dagegen Republikaner (CNN 2022). Die im dritten Quartal einsetzende wirtschaftliche Erholung milderte den Halbzeiteffekt noch etwas ab.

Zweitens: Die traditionelle „Strafe“ zur Mitte einer Amtszeit des Präsidenten wurde 2022 durch einen außergewöhnlichen Halbzeiteffekt überlagert und nahezu neutralisiert, mit dem die Wähler die Partei des ehemaligen Präsidenten Donald Trump abstrafte. Trump hatte sich, was unüblich für einen abgewählten US-Präsidenten ist, außergewöhnlich stark in den Wahlkampf eingemischt und eine Reihe loyaler Gefolgsleute als Kandidaten in den Republikanischen Vorwahlen durchgesetzt. Der Lackmustest für seine Unterstützung bestand darin, ob ein Kandidat gewillt war, seine subversive Kampagne gegen die Legitimität der Präsidentschaftswahl 2020 („Stop the Steal“) zu unterstützen und Trump als den größten Präsidenten in der Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika öffentlich zu lobpreisen. Diejenigen, die sich dafür hergaben, waren zumeist dem rechten Rand der Republikanischen Partei zugehörig, hingen verschrobenen Verschwörungstheorien an oder propagierten sie zumindest. Nicht selten waren sie auch ähnlich charakterlich ungeeignet für das Amt, für das sie kandidierten, wie der ehemalige Präsident. Für die Republikanische Partei sollte sich ihr Kandidatentableau vor allem in den umkämpften Staaten als Fluch erweisen. Alle diejenigen Senatswahlen, die sie unter normalen Umständen gewonnen hätte – Arizona, Georgia, Nevada, Pennsylvania und vielleicht New Hampshire – verlor sie, weil die Qualität ihrer Kandidaten unzureichend war, um die Wechselwähler der politischen Mitte zu erreichen (Everett et al. 2022). Wie schlecht es um die Kandidatenqualität der Republikaner besonders in den herausragenden Rennen bestellt war, lässt sich am Indikator der eingeworbenen Geldspenden ablesen. In allen wichtigen Senatswahlen hatten die Republikaner weniger Geld zur Verfügung als die Demokraten – nur durch die von außen kommenden Finanzspritzen der Super PACs, das sogenannte „Outside Spending“, konnten sie sich einigermaßen wettbewerbsfähig halten (Tabelle 2).

Tabelle 2: Eingeworbene Wahlkampfspenden und „Outside Spending“* in ausgewählten Senatsrennen der Halbzeitwahlen 2022 (in Millionen US-Dollar)

Staat	Dem	Spenden	Outside	Rep	Spenden	Outside
AZ	J. Kelly	79,3	60,5	B. Masters	12,0	59,9
GA**	R. Warnock	150,5	125,7	H. Walker	58,3	102,2
NV	C. Cortez Masto	52,9	68,8	A. Laxalt	15,5	59,0
NH	M. Hassan	38,3	23,5	D. Bolduc	2,2	25,2
OH	T. Ryan	47,3	25,7	J.D. Vance	12,1	51,7
PA	J. Fetterman	56,7	123,9	M. Oz	40,4	99,1
NC	C. Beasley	33,9	23,5	T. Budd	12,5	70,7
WI	M. Barnes	34,6	50,1	R. Johnson	31,6	76,6

* Summe der nicht mit dem Wahlkampfstab eines Kandidaten koordinierten Ausgaben, die ihn unterstützten und seinen Kontrahenten attackierten. ** Einschließlich Stichwahl.

Quelle: Open Secrets, <https://www.opensecrets.org/>.

Neben den Senatswahlen waren von der schlechten Kandidatenqualität der Republikaner besonders einige wichtige Gouverneurswahlen (Arizona, Maryland, Massachusetts, Michigan, Pennsylvania) und die Wahlen zum „Secretary of State“ betroffen. In diesen für das Wahlrecht besonders neuralgischen Ämtern gewann zumindest in den traditionell umkämpften Staaten kein Kandidat Trumps (Corasaniti 2022). Wie sehr die Halbzeitwahlen ein Referendum gegen den früheren Präsidenten waren, ließ sich auch daran ablesen, dass 44 Prozent der Wähler mit ihrer Stimme zum Repräsentantenhaus ihrer Unterstützung oder Gegnerschaft zu Donald Trump Ausdruck verleihen wollten. Nur unwesentlich mehr, nämlich 51 Prozent, werteten ihre Stimme als Votum für oder gegen den amtierenden Präsidenten (CNN 2022). Ein klares Indiz für den negativen Effekt Trumps, der zudem mit der Ankündigung seiner neuerlichen Präsidentschaftskandidatur kaum bis nach der Wahl warten konnte, war auch, dass für die Wähler der Demokraten das Thema „Zukunft der Demokratie“ auf der Liste ihrer Prioritäten ganz oben stand.

Drittens: Es gab noch ein weiteres Ereignis im Wahlkampf, das den Halbzeiteffekt zu Lasten der Partei des Präsidenten konterkarierte – das *Dobbs*-Urteil des Obersten Gerichts vom 24. Juni. Es war klar, dass die Republikaner, deren Ziel die Einkasierung von *Roe v. Wade* seit der Präsidentschaft Ronald Reagans ist, dafür einen Preis zu zahlen hatten (Masket 2022). Dieser Preis war in Stimmen für die gegnerische Partei beziehungsweise in Mandaten und Ämtern zu zahlen. Für die Demokraten war die Entscheidung des Supreme Court gegen das verfassungsrechtlich geschützte Recht auf Abtreibung nicht nur zusammen mit dem Demokratiethema das wichtigste Thema dieser Wahl; es führte auch zu einer enormen Mobilisierung ihrer – insbesondere weiblichen und jungen – Wähler, die sich über den Sommer in ungewöhnlich hoher Zahl für die Wahl registrierten. Vor allem in Arizona (Senator John Kelly und Gouverneurin Katie Hobbs), Michigan (Gouverneurin Gretchen Whitmer), Nevada (Senatorin Catherine Cortez Masto), Pennsylvania (Gouverneur Josh Shapiro und Senator

John Fetterman) und New Hampshire (Senatorin Maggie Hassan) sollte das Abtreibungsthema das Wahlg Glück Demokratischer Kandidaten entscheidend begünstigen (Schneider/Otterbein 2022). In all diesen 2022 besonders umkämpften und von den Demokraten am Ende gewonnenen Staaten war die Wahlbeteiligung überproportional hoch. Mit Ausnahme Nevadas war sie in allen Staaten auch höher als in den letzten Halbzeitwahlen, obwohl die Wahlbeteiligung 2022 mit vorläufigen 46,8 Prozent insgesamt nicht ganz an die Rekordwahlbeteiligung von 50 Prozent 2018 heranreichte (McDonald 2022).

Viertens: Wer vermutet, dass die für US-amerikanische Verhältnisse hohe Wahlbeteiligung dem traditionellen Halbzeiteffekt zu Lasten der Präsidentenpartei entgegengewirkt haben könnte, übersieht einen wichtigen Punkt. Im Vergleich zur Präsidentschaftswahl 2020 mit einer Wahlbeteiligung von 66,6 Prozent lag die Beteiligung 2022 immerhin 20 Prozentpunkte niedriger – 112 gegenüber 160 Millionen Wähler vor zwei Jahren. Eines der ältesten politikwissenschaftlichen Modelle zur Erklärung des Halbzeiteffektes, der sogenannte „Surge-and-Dcline“-Ansatz (Petrocik 2022), wonach Interesse und Beteiligung zur Präsidentschaftswahl hin ansteigen, um in der nachfolgenden, weniger bedeutsamen Halbzeitwahl wieder zurückzugehen, hat damit seine Erklärungskraft nicht eingebüßt. Zwischen 2020 und 2022 ging die Wahlbeteiligung signifikant zurück, was die Republikanische Partei begünstigte. Sie verfügt über eine Wählerklientel, die traditionell stärker an Wahlen partizipiert als die Klientel der Demokraten. Hier zählen insbesondere die Jüngeren und die Angehörigen ethnischer Minoritäten zu den Wählern mit einer unregelmäßigeren Beteiligung. Von Januar bis Ende Juni lagen die Republikaner immer zwei Punkte vor den Demokraten bei der sogenannten generischen Stimmabgabe („generic ballot“). Lediglich im Gefolge des Abtreibungsurteils holten die Demokraten auf und übernahmen sogar bis kurz vor der Wahl am 8. November die Führung bei diesem Indikator der Wahlabsicht (Fivethirtyeight 2022). Am Ende aber lagen wieder die Republikaner mit gut drei Prozentpunkten vor den Demokraten und gewannen mit 54,5 Millionen (50,6 Prozent) gegenüber 51,5 Millionen Stimmen (47,8 Prozent) die Wahl zum Repräsentantenhaus (Cook Political Report 2022). Für diesen Stimmenvorsprung war die Ausbeute an Sitzen im Repräsentantenhaus mager – eine Erfahrung, die in der Vergangenheit zumeist die Demokraten gemacht hatten.

Fünftens: Die Knappheit des Wahlergebnisses, die schrumpfende Zahl an umkämpften Staaten und Wahlkreisen sowie die steigende Anzahl nicht umkämpfter Staaten und Wahlkreise, in denen die Ergebnisse vorher feststanden, war das Resultat der vielfach diagnostizierten politischen Polarisierung in den USA – der Spaltung des Landes in ein „rotes“ (Republikanisches) und ein „blaues“ (Demokratisches) Amerika (Klein 2020). Diese Spaltung ist weniger ideologisch motiviert, als es scheint – jedenfalls hinsichtlich der klassischen politischen Konfliktlinie, die sich am Gegensatz von Markt und Staat in der Wirtschafts- und Sozialpolitik scheidet. Eine auch schon nicht mehr ganz neue, zweite Konfliktlinie orientiert sich an unterschiedlichen Werten und Lebensstilen, sie ist stärker gefühlsmäßig im Sinne eines Kulturkampfes (Norris/Inglehart 2019) als ideologisch im Sinne eines Ideenwettbewerbs aufgeladen. Dafür haben sich in den USA Begriffe eingebürgert wie negative Parteilichkeit (Abramowitz

2018), affektive Polarisierung (Abramowitz 2021), Partisanentum (Pope 2021) oder politischer Tribalismus (Hibbing 2021). All diesen Erscheinungsnuancen eines übersteigerten Parteiengleiches ist gemeinsam, dass sich die Parteien im Zustande eines geistigen Bürgerkrieges befinden, der in der Gefahr steht zu einem tatsächlichen Bürgerkrieg zu werden, wie Trumps Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 zeigte (Walter 2023). Amerikas Demokratie steht weiterhin inmitten einer Zerreißprobe (Adorf/Horst 2021), daran hat sich durch diese Halbzeitwahl nichts geändert.

Sechstens: Das Referendum gegen den Autokraten Trump und seine treuen Gefolgsleute in der Republikanischen Partei war ein knapper Etappensieg der Demokratie, mehr nicht. Der Kampf geht weiter – und er sollte mit den richtigen Mitteln geführt werden. Dazu gehört, dass der radikale Flügel der Demokratischen Partei nicht zu denselben Methoden greift wie der radikale Flügel der Republikaner. In Maryland und New York überzogen die Demokraten bei der Neuziehung der Wahlkreise genauso, wie es die Republikaner in Florida und Ohio taten – mit dem Ergebnis, dass die neuen, jeweils die eigene Partei einseitig bevorteilenden Wahlkreise im „roten“ Amerika vor Gericht bestehen blieben, während sie in Maryland und New York für unzulässig erklärt und neugezogen wurden. Die vier Zugewinne der Republikaner in Florida und die vier Verluste der Demokraten in New York infolge der Neuverteilung („Reapportionment“) und Neuziehung („Redistricting“) der Wahlkreise nach dem Zensus von 2020 machten alleine fast schon den ganzen Unterschied bei diesen Halbzeitwahlen aus. Insgesamt gewannen die Republikaner in diesem „Redistricting“-Zyklus zehn Sitze hinzu, die Demokraten verloren acht (Politico 2022). In New York hatten die Verluste der Demokraten aber auch lokale Gründe, weil die dortigen Demokraten eine zu laxen Politik in der Kriminalitätsbekämpfung verfolgten.

4. Ausblick: Die innen- und außenpolitischen Folgen der Wahl

Die niedrige Zustimmungsraten des Präsidenten, die laut den verschiedenen Umfrageinstituten zum Zeitpunkt der Wahl irgendwo zwischen 40 und 44 Prozent lag, ließ vergessen, dass sich die Bilanz des Kongresses in den ersten beiden Jahren der Präsidentschaft Bidens durchaus sehen lassen konnte. Zu den gesetzgeberischen Errungenschaften des 46. Präsidenten zählten das 1,9 Billionen Dollar umfassende Coronavirus-Hilfspaket und das 1,2 Billionen Dollar teure Infrastrukturgesetz, das auch einige klimapolitische Vorschläge Bidens aus seinem „Build Back Better Plan“ umsetzte. Beide wurden bereits 2021 verabschiedet. Im August 2022 folgten dann ein gegen China gerichtetes Gesetz zur Förderung der Halbleiterproduktion in den USA und ein Gesetz zur Bekämpfung der Inflation, das Steuer- und Ausgabenerhöhungen im Umfang von 1,1 Billionen Dollar beinhaltete. In diesem Gesetz wurden auch weitere, durchaus ambitionierte klimapolitische Maßnahmen aus dem zunächst gescheiterten „Build Back Better Plan“ umgesetzt. Es wurde nach zähen Verhandlungen, in denen die Senatoren Joe Manchin und Kyrsten Sinema ihre angestrebten Kompromisserfolge schließlich erzielten, wie das Coronavirus-Hilfspaket allein mit den Stimmen der Demokraten im Kongress durchgesetzt. Neben diesen vier Gesetzen historischen

Ausmaßes, von denen das Infrastruktur- und das Halbleitergesetz mit Unterstützung der Republikaner verabschiedet wurden, gelangen dem 117. Kongress noch weitere bedeutsame, von beiden Parteien getragene Gesetze wie der „Lend-Lease Act“ zur Verteidigung der Ukraine, das erste Waffenkontrollgesetz seit drei Jahrzehnten, das Gesetz zur medizinischen Erforschung von Cannabis und das Gesetz zum Schutz der gleichgeschlechtlichen Ehe. Die beiden letzten Gesetze wurden ebenso wie ein 1,7 Billionen Dollar umfassendes Omnibus-Bewilligungsgesetz, mit dem der Stillstand der Regierung zwei Tage vor Jahresende abgewendet werden konnte, nach den Halbzeitwahlen durch den Kongress geschleust. Sie stellten unter Beweis, dass es Präsident Biden tatsächlich gegen alle Erwartungen gelungen war, in entscheidenden Zukunftsfragen für die USA Kompromisse mit moderaten Vertretern der Republikaner zu erzielen. Das abschließende Bewilligungsgesetz enthielt auch die Reform des „Electoral Count Act“, mit dem für die Zukunft ein Ereignis wie der 6. Januar ausgeschlossen werden sollte.

Auch wenn Biden mit knappsten Mehrheiten im Kongress erfolgreicher als erwartet regierte, sollte in den kommenden zwei Jahren in innenpolitischer Hinsicht nicht allzu viel erwartet werden. Die Republikaner werden ihre knappe Mehrheit im Repräsentantenhaus zur Verhinderung weiterer Gesetzesvorschläge der Demokraten und zur Einleitung bereits angekündigter Investigationen einzusetzen wissen. Biden wird sich deshalb in der Innenpolitik auf die Implementation der bereits verabschiedeten Gesetze und seine Verordnungsgewalt stützen (müssen). Auch bei den Richterernennungen wird er weiter versuchen, Boden gutzumachen, wie ihm das in den beiden ersten Jahren auch schon gelungen ist. Dabei wird ihm die neue Einstimmenmehrheit im Senat durchaus eine Hilfe sein. Ansonsten wird sich innenpolitisch in den kommenden beiden Jahren alles um die Präsidentschaftswahl 2024 drehen. Das Feld ist zum derzeitigen Zeitpunkt weit offen. Der einzig erklärte Kandidat ist Donald Trump. Ob seine frühe Ankündigung eine Woche nach der Wahl als Zeichen der Schwäche oder der Stärke anzusehen ist, kann derzeit niemand sagen. Viel wird davon abhängen, ob das Justizministerium den Empfehlungen des Untersuchungsausschusses zum 6. Januar folgt, Trump wegen Beteiligung an einer Verschwörung, einem Aufstand oder anderer Verbrechen anzuklagen. Niemand kann derzeit auch mit Sicherheit sagen, ob Präsident Biden auf Seite der Demokraten angesichts seines fortgeschrittenen Alters noch einmal antreten wird oder ob ihm dazu geraten werden sollte. Spekulationen über den Verlauf des Präsidentschaftwahlkampfes sollen hier ausgespart bleiben, weil sie schnell ins Uferlose führen.

In der Außenpolitik und hier insbesondere mit Blick auf das transatlantische Verhältnis kann dagegen einigermaßen belastbar prognostiziert werden, dass im Wesentlichen alles in den gewohnten Bahnen verlaufen wird. Die von Biden angekündigte militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine wird er aufgrund der bereits verabschiedeten Gesetze fortsetzen können. Mitch McConnell, Republikanischer Fraktionsführer im Senat, hat ihm bereits die Unterstützung zugesagt. Die Stimmen im Repräsentantenhaus, diese Unterstützung zu begrenzen, mögen lauter werden; dies wird jedoch kaum Auswirkungen auf die praktische Politik haben. Dies schließt die Sanktionen gegen Russland ein, die weiter fortgeführt werden. Einen breiten außenpoliti-

schen Konsens beider Parteien gibt es auch auf anderen Außenpolitikfeldern, wo es für die Europäer wie schon in der Vergangenheit weiterhin ungemütlich bleiben wird – allen voran in der Chinapolitik, die sich von Trump zu Biden sogar noch verschärft hat (Daniels 2022). Am festen Willen der Amerikaner, sich handels- und sicherheitspolitisch – Stichwort Halbleiterproduktion – aus den Abhängigkeiten von China zu lösen, sollte niemand zweifeln. Auch in der Klimapolitik kollidieren angesichts der Energiekrise zunehmend wirtschaftliche Interessen der Amerikaner und Europäer. Biden kann es sich schon aus innenpolitischen Gründen nicht leisten, hier allzu nachgiebig zu sein. Anders als seinen Vorgänger leitet ihn jedoch ein grundlegendes Wohlwollen gegenüber Europa und der transatlantischen Allianz, das aus europäischer Sicht ein Segen ist und Ansporn sein sollte, die Zeitenwende in der Außen- und Sicherheitspolitik mit gesteigertem Elan fortzuführen, auch wenn dies mit wirtschaftlichen Interessen Europas kollidieren sollte. Sicherheitspolitisch hängt das Wohl und Wehe Europas nach wie vor an der Freundschaft mit den USA, das hat Russlands verbrecherischer Angriffskrieg gegen die Ukraine einmal mehr gezeigt.

Literatur

- Abramowitz, Alan I. (2018): *The Great Alignment. Race, Party Transformation, and the Rise of Donald Trump*, New Haven & London: Yale University Press, <https://doi.org/10.2307/j.ctvhrczh3>.
- Abramowitz, Alan I. (2021): *It's Only You and Me and We Just Disagree: The Ideological Foundations of Affective Polarization*, in: *The Forum*, Jg. 19, H. 3, S. 349-364, <https://doi.org/10.1515/for-2021-0019>.
- Adorf, Philipp / Horst, Patrick (2021): *Zerreißprobe für die Demokratie. Die Wahlen und der Regierungswechsel in den USA 2020/21*, Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag, <https://content-select.com/de/portal/media/view/60478303-6238-4d3e-adf4-18bbb0dd2d03>.
- Ballotpedia (2022): *2022 ballot measures*, https://ballotpedia.org/2022_ballot_measures.
- CNN (2022): *2022 Exit Polls. House – National Results*, <https://edition.cnn.com/election/2022/exit-polls/national-results/house>.
- Cook Political Report (2022): *2022 National House Vote Tracker*, <https://www.cookpolitical.com/charts/house-charts/national-house-vote-tracker/2022>.
- Corasaniti, Nick (2022): *Voters Reject Election Deniers Running to Take Over Elections*, in: *New York Times*, November 12, <https://www.nytimes.com/2022/11/12/us/politics/jim-marchant-cisco-aguilar-nevada.html>.
- Daniels, Laura von (2022): *Bidens Außenpolitik nach den Zwischenwahlen*. SWP-Aktuell Nr. 73, https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A73_BidensAussenpolitik.pdf.
- Everett, Burgess / Allison, Natalie / Levine, Marianne (2022): *'They completely f—cked up': How the GOP lost its grip on the Senate majority*, in: *Politico*, November 11, <https://www.politico.com/news/2022/11/11/republicans-senate-majority-00066009>.
- Fivethirtyeight (2022): *Generic Ballot*, December 15, <https://projects.fivethirtyeight.com/polls/generic-ballot/>.
- Hibbing, John R. (2021): *Tribes and Proto-Tribes: The Deep Roots of Political Differences*, in: *The Forum*, Jg. 19, H. 3, S. 395-414, <https://doi.org/10.1515/for-2021-0021>.
- Horst, Patrick (2019): *Halbzeitwahlen 2018 in den USA*, in: *Zeitschrift für Politik*, Jg. 66, H. 1, S. 34-62, <https://doi.org/10.5771/0044-3360-2019-1-34>.
- Klein, Ezra (2020): *Der tiefe Graben. Die Geschichte der gespaltenen Staaten von Amerika*, Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag.

- Masket, Seth (2022): Republicans Paid a Price for Overturning Roe. It May Have Been Worth It, in: Politico, November 19, <https://www.politico.com/news/magazine/2022/11/19/republicans-ro-abortion-midterms-00069484>.
- McDonald, Michael (2022): US Elections Project. Voting Statistics, <https://www.electproject.org/election-data/voter-turnout-data>.
- National Conference of State Legislatures (2022): NCSL State Elections 2022, <https://www.ncsl.org/research/elections-and-campaigns/ncsl-state-elections-2022.aspx>.
- Norris, Pippa / Inglehart, Ronald (2019): Cultural Backlash: Trump, Brexit and Authoritarian Populism, Cambridge University Press, <https://doi.org/10.1017/9781108595841>.
- Petrocik, John R. (2022): Surge and Decline in 2022, in: The Forum, Jg. 20, H. 2, S. 339-355, <https://doi.org/10.1515/for-2022-2059>.
- Pew Research Center (2022): Majority of Public Disapproves of Supreme Court's Decision to Overturn Roe v. Wade. Report, July 6, <https://www.pewresearch.org/politics/2022/07/06/majority-of-public-disapproves-of-supreme-courts-decision-to-overturn-ro-v-wade/>.
- Politico (2022): How Redistricting shaped the midterms, December 24, <https://www.politico.com/2022-election/results/redistricting/>.
- Pope, Jeremy C. (2021): The Trump Era Legacy of Partisanship, in: The Forum, Jg. 19, H. 3, S. 143-162, <https://doi.org/10.1515/for-2021-0007>.
- Rudalevige, Andrew (2022): Presidents and Midterm Loss, in: Patrick Andelic (Hrsg.), Midterms and Mandates. Electoral Reassessment of Presidents and Parties, Edinburgh University Press, S. 17-53, <https://doi.org/10.1515/9781474478205-006>.
- Schaeffer, Katherine / Van Green, Ted (2022): Key facts about U.S. voter priorities ahead of the 2022 midterm elections, Pew Research Center, November 3, <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2022/11/03/key-facts-about-u-s-voter-priorities-ahead-of-the-2022-midterm-elections/>.
- Schneider, Elena / Otterbein, Holly (2022): 'THE Central Issue': How the fall of Roe v. Wade shook the 2022 election, in: Politico, December 19, <https://www.politico.com/news/2022/12/19/dobbs-2022-election-abortion-00074426>.
- Skelley, Geoffrey (2022): The Voters Who Helped Democrats Keep the Senate, in: Fivethirtyeight, December 19, <https://fivethirtyeight.com/features/biden-coalition-2022-senate-democrats/>.
- Vital Statistics on Congress (2022). Data on the US Congress, Updated November 2022, <https://www.brookings.edu/multi-chapter-report/vital-statistics-on-congress/>.
- Walter, Barbara F. (2023): Bürgerkriege. Warum immer mehr Staaten am Abgrund stehen, Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag.